

Antragsteller: SPD Ortsverein Wehlheiden

Adressaten: SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

Betreff: **Keine Rekrutierung Minderjähriger**

Die Mitgliederversammlung der SPD Kassel möge beschließen:

Im Jahr 2017 wurden 2.126 Minderjährige als Soldatinnen bzw. Soldaten eingestellt. Die Bundeswehr spricht durch gezielte Werbung insbesondere Teenager an, sich zu bewerben.

Die SPD Kassel fordert, das Rekrutierungsalter auf mindestens 18 Jahre hochzusetzen.

Begründung:

Ab 18 wird erst die nötige geistige Reife vorausgesetzt, um für den Bundestag zu wählen. Die volle Strafmündigkeit wird mit 18 bzw. 21 Jahren angenommen, aber die Bundeswehr sucht sich gezielt Minderjährige als Rekruten.

Im Jahr 2017 wurden 843 Soldatinnen und Soldaten von der Bundeswehr entlassen, die bei der Einstellung erst 17 Jahre waren.

Unicef definiert alle Soldaten unter 18 als Kindersoldaten.

Deutschland hat 2004 das Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet, das grundsätzlich ein Mindestalter von 18 Jahren vorsieht. Seitdem wird von einer Sonderregelung Gebrauch gemacht, die sich immer mehr zur Regel entwickelt.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes forderte bereits 2008, das Mindestrekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben.